Rektoren als Landtagsmitglieder

Ein Beitrag zur Geschichte des Steiermärkischen Landtages
und der Universität Graz

Von Hermann Baltl

Mit dem Februarpatent vom 26. Februar 1861 kam die besonders seit 1859 mächtig anschwellende liberale Bewegung weithin zum Durchbruch: Die am selben Tag erlassenen Wahlordnungen boten mit ihren vier Wählerklassen Platz für die Bildung politischer Parteien – aber sie räumten auch, sei es als Anklang an frühere Verhältnisse, sei es als Reverenz vor zumindest vermeintlich parteifreien Organen, den Rektoren und den Bischöfen Virilstimmen ein. Damit wurden Rektor und Bischof Mitglied des neuen Landtagssystems, nicht gewählt von den freilich noch weit vom allgemeinen Wahlrecht entfernten Wählerklassenvertretern, sondern bestellt kraft ihres Amtes auf die Dauer ihrer Funktion. So wurde seit 1861 auch der Rektor der Universität Graz jeweils Landtagsmitglied. Im Zusammenhang mit anderen Untersuchungen¹ kam es zur Frage, wie denn die Rektoren – die Bischöfe müßten getrennt untersucht werden – diese Möglichkeit, ihr persönliches und wissenschaftliches Gewicht in die Landtagssitzungen einzubringen, genutzt haben. Sogleich ergab sich auch die weitere Frage, wie andere Virilisten, vor allem auch die auf Lebenszeit bestellten Mitglieder des ebenfalls 1861 konstituierten Herrenhauses, ihre Kompetenz wahrgenommen haben: Doch hier soll nur von den Rektoren gesprochen werden.

Die Funktion des Rektors der Universität Graz als Mitglied des Landtages geht weit zurück in die Geschichte der landständischen Verfassung. Die Universität bzw. das sie tragende Jesuitenkollegium besaß großen Grundbesitz sowohl in der Steiermark wie in Kärnten und konnte sohin wohl die Landstandschaft für sich beanspruchen.² Mit der Aufhebung des Jesuitenordens, dem Anfall seiner Güter an den Staat und mit der zeitweisen Umwidmung der Universität in ein Lyzeum in theresianischer, josephinischer und auch noch späterer Zeit gingen diese Rechte unter und mit ihnen auch die landständischen Rechte im Landtag. Wiederholte Versuche zur Wiedererlangung der Landstandschaft schlugen fehl: So stellte Krones fest, daß bald nach der Wiedererrichtung der Grazer Universität ihr Rektor Franz X. Neupauer 1832/33 die Wiederaufnahme in die Landstandschaft beantragt hatte, wobei

¹ Insbesondere auch mit meiner biographischen Skizze über Ferdinand Bischof (Rektor 1871/72 und 1885/86, ZHVSt 83, 1992, S. 383 ff.).

² Dazu F. Krones, Geschichte der Karl-Franzens-Universität in Graz, Graz 1886, S. 262 ff. Dieser ausgedehnte Grundbesitz war groß genug, um für Kollegium und Universität „die Stellung eines Großgrundbesitzers mit landständischen Rechten“ zu begründen. S. 247 ff., 251, 609 f.

auf das Vorbild von Wien und Prag hingewiesen wurde.³ Darauf erging ein entsprechender Landtagsbeschluß zur Aufnahme der „steirischen Landesuniversität in das consortium statuum“. Doch ein Hofkanzleidekret von 1834 beschied abschlägig, die Sache „auf sich zu beruhen“ zu lassen, und ebenso erfolglos blieben neue Versuche der Universität und der Landschaft in den Jahren 1835, 1837, 1841.⁴ Dabei waren in den deutschen Verfassungen des Vormärzes verschiedentlich Universitätsvertreter und geistliche Würdenträger Mitglieder der Landtage – in der Verfassung für Baden vom 22. August 1818 mit zwei Abgeordneten der Landesuniversität. Die bayrische Verfassung vom 26. Mai 1818 berief in die zweite Kammer ebenfalls Abgeordnete der Universität, die württembergische Verfassung vom 25. September 1819 nominierte den „Kanzler der Landesuniversität“.⁵

So kamen erstmals wieder 1848 die Universitäten in einer politischen Versammlung zu Wort: Den Beginn machte die „Böhmische Charte“ vom 8. April 1848, die vorsah, daß die Universität Prag den Rektor und die Fakultäten und die Technik je einen Vertreter entsenden sollten.⁶ Bereits in der ersten Sitzung des provisorischen Landtags des Herzogtums Steiermark am 13. Juni 1848 erschienen neben drei Prälaten, 20 Personen vom Herren- und Ritterstand, zehn Vertretern der nichtständischen Gutsbesitzer, 30 Delegierten „von der Intelligenz, Industrie und bürgerlichen Gemeinden“ drei Vertreter der Universität (die Professoren Dr. Franz Wiesenauer, Johann Gottlieb und Dr. Vinzenz von Emperger). Der Akademische Senat hatte schon in den Tagen der Revolution am 23. März 1848 an die Landstände appelliert, die Landesvertretung auch in Richtung auf Universitätsdeputierte zu erweitern.

Der provisorische Landtag beschloß jedoch in seiner ersten Sitzung, seine endgültige Zusammensetzung erst nach der Entscheidung über anstehende grundsätzliche Neuordnungen der staatlichen Verhältnisse, insbesondere der Auflösung des Untertanenverbandes und der Einführung der Gemeindeordnung, zu regeln, womit die Frage einer ständigen Vertretung der Universität im Landtag aufgeschoben war. Zu dieser Regelung kam es nicht mehr: Weder der Kremsierer Entwurf noch die Reichsverfassung vom 4. März 1849 sahen eine Vertretung der Universitäten in gesetzgebenden Körperschaften vor, und so blieb es auch in der Zeit des Neoabsolutismus. Im Tiroler Landtagsentwurf von 1848 war ein Universitätsvertreter vorgesehen und ähnlich auch im späteren böhmischen Entwurf mit zwei Vertretern.⁷ Die anfängliche Zustimmung zur Entsendung von Vertretern der Universität in gesetzgebende Gremien, wie sie in den ersten Wochen des Revolutionsjahres sichtbar ist

– begründet wurde sie auch mit den Verdiensten der Studentenschaft um die Revolution –, scheint bald geschwunden zu sein: denn schon der Entwurf einer deutschen Reichsverfassung („Siebzener Entwurf“) vom 26. April 1848 sah keine Beteiligung der Universitäten, sondern reine Volksvertretung durch Wahlen vor.

Das Oktoberdiplom vom 20. Oktober 1860 brachte eine, allerdings sehr begrenzte, Mitwirkung an der Gesetzgebung und mit den gleichzeitig erlassenen vier Wahlordnungen eine Wiederholung ständischer Verhältnisse, sah aber keine Beteiligung der Universitäten bzw. Virilstimmen des Rektors vor; wohl aber waren die Bischöfe im Rahmen des Prälatenstandes vertreten.

Erst die gleichzeitig mit dem Februarpatent vom 26. Februar 1861 erlassenen Wahlordnungen brachten, wie eingangs erwähnt, Rektoren und wie bisher die Bischöfe als Virilisten in die Landesvertretung: Der Landtag bestand nunmehr in ganz Cisleithanien jeweils aus den auf Grund eines Klassen- und Zensuswahlrechts gewählten Abgeordneten einerseits und dem Rektor (oder den Rektoren) und dem Bischof (den Bischöfen) andererseits. Dieses „dualistische“ System: hier Wahl – hier kraft Amtes gab es in diesen Jahren und bis zum Ende der Monarchie auch in anderen Formen: So bestand etwa der gleichfalls mit dem Februarpatent geschaffene, allerdings kurzlebige Staatsrat aus Personen, die „ausgezeichnete Befähigung, Erfahrung in der Justiz-, Finanz-, Militär- und politischen Verwaltung“ besaßen sowie „genaue Kenntnis der Verhältnisse der einzelnen Königreiche und Länder“ aufweisen konnten. Und im Herrenhaus, das bis zum Ende der Monarchie erhalten blieb, waren neben den ex lege entsandten Prinzen und Hocharistokraten auch Männer auf Grund besonderer Leistungen zum lebenslänglichen Mitglied berufen – also in etwas geändertem Sinne auch Virilisten.

Die Rektoren der cisleithanischen Universitäten – nicht der Technischen Hochschulen und der anderen Hochschulen – waren also nun im Landtag mit Sitz und Stimme vertreten. Die Gründe für diese Durchbrechung des ansonsten wenigstens ansatzweise bestehenden Wahlsystems waren wohl zunächst historische Reminiscenzen.⁸ Wesentlicher aber dürfte auch die Erwägung gewesen sein, in den zunehmend von Parteien geformten Landtagen vermehrt die liberale Formel von „Besitz und Intelligenz“ durch vermutlich oder tatsächlich parteiunabhängige, wissenschaftlich hervorragende Männer zu Wort kommen zu lassen. Oder aber die Hoffnung, daß die Rektoren mäßigend konservativ, wie es von den Bischöfen ja wohl ohnedies zu erwarten war, wirken würden. Insgesamt waren es in Cisleithanien acht Rektoren,⁹ denen 32 Fürstbischöfe, Erzbischöfe oder Bischöfe gegenüberstanden.

Es ergibt sich nun die Frage, wie die Rektoren die ihnen zugefallene Möglichkeit, in der Landesgesetzgebung ihre Stimme zu erheben und damit wissenschaftliche Prinzipien und Forderungen, objektivierende Darstellung strittiger Fragen und überparteiliche Redlichkeit in den Alltag des Landtages einzubringen, verwendet haben. Dazu muß gesagt werden, daß das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867, das auf dem Februarpatent beruhte, im Gegensatz zum Oktoberdiplom eine Kompetenzverteilung zugunsten des Reichsrates in der Art vorsah, daß den Landtagen als Kompetenz nur das verblieb, was ihnen ausdrücklich zugewiesen war (§ 11). Damit ergab sich von selbst, daß die Länder keine die cislei-

³ 1791 hatte die Niederösterreichische Regierung verfügt, daß auf Grund kaiserlicher Verordnung vom 4. Oktober 1790 „die Universitäten zum Mit Landstand derjenigen Provinz, wo sie liegen, erklärt werden“. Die Universität Wien müsse eine eigene Repräsentation bei der ständischen Versammlung haben, und diese Stelle solle „allezeit der jeweilige Herr Rector magnificus zu bekleiden“ haben; doch erscheint er beim Landtag „nicht in eigener Person, sondern im Namen der Universität und demnach allezeit mit seinem Rectors-Anzuge nemlich mit einem Mantelkleid“. Er hat auf der Prälatenbank zu sitzen. R. Kink, Geschichte der kaiserlichen Universität zu Wien, Wien 1854, II, S. 417, 610 f. Bei der Fronleichnamprozession gebührt dem Rektor und dem Universitätskonsistorium der Vortritt vor Bürgermeister und Rat.

⁴ Krones, S. 157, 523.

⁵ Dazu den Landesbischof, den ältesten katholischen Dekan sowie sechs protestantische Generalsuperintendenten. E. R. Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Stuttgart 1961, I, S. 185.

⁶ K. Hugelmann, Die österreichischen Landtage im Jahr 1848, AÖG 115/I, 1940, S. 16.

⁷ Ebd. S. 89, 103.

⁸ Dies auch die Meinung von H. Bernatzik, Die österreichischen Verfassungsgesetze, Wien 1911, S. 266.

⁹ Innsbruck, Graz, Wien, Prag, Krakau, Lemberg, zusätzlich seit 1903 der Präsident der Akademie der Wissenschaft in Krakau und der Rektor der Technischen Hochschule in Lemberg.

thanische Gesamtheit betreffende Fragen zu verhandeln hatten, was sie allerdings nicht hinderte, gelegentlich zu Reichsfragen Stellung zu nehmen, manchmal sehr emotionell und einseitig, wie es etwa 1897/98 im Zusammenhang mit den Sprachenverordnungen des Ministerpräsidenten Kasimir Felix Baderi geschah. Damit war in der Regel für die Rektoren, die sich als Staatsbeamte, wenn auch in besonderer Stellung, betrachteten, bereits eine gewisse Hemmschwelle vorgegeben.

Zwischen 1861 und 1914 liegen 53 Rektoratsjahre: Das Jahr 1914 ist deshalb für die Beantwortung unserer Frage wichtig, weil bereits im März der Steiermärkische Landtag vom Kaiser vertagt wurde, was bewirkte, daß bis zum Kriegsende keine Landtagssitzungen mehr einberufen wurden. Im Jahr 1918 aber traten die Landesordnung und die Landtagswahlordnung von 1861 außer Kraft, denn das Landesgesetz, das die provisorische Landesversammlung am 6. November 1918 beschloß, bestimmte lapidar: „Die Landesordnung für das Herzogtum Steiermark wird außer Kraft gesetzt“; an ihre Stelle trat die am selben Tag beschlossene neue Landesordnung, die 60 „durch Vereinbarung der politischen Parteien“ bestellte Mitglieder für den provisorischen Landtag vorsah, somit für Rektoren und Bischöfe keinen Platz ließ.

In den eben erwähnten 53 Rektoratsjahren zwischen 1861 und 1914 sind in den Protokollen der Sitzungen des Steiermärkischen Landtags¹⁰ rund 90 Wortmeldungen der Rektoren längerer und kürzerer Art enthalten. Dies mag auf den ersten Blick nicht besonders eindrucksvoll wirken. Doch ist zu bedenken, daß die Arbeit des Landtags damals wie heute überwiegend Routinesachen geringerer allgemeiner Bedeutung betraf, vor allem lokale und personale Fragen, und grundsätzliche Entscheidungen schon infolge der erwähnten Kompetenzverteilung in der Minderzahl der Traktanden blieben. So bestand für die Rektoren also vielfach kein besonderer Anlaß, das Wort zu ergreifen. Die Rektoren standen bei der Ausführung ihres Stimmrechtes wohl überdies vor mehrfachen Schwierigkeiten. Einerseits wollten sie sich als Nichtpolitiker auf ihnen von Berufs- und von Fachs wegen vertraute Agenden beschränken, primär also etwa Universität, Gesundheit, Wissenschaft, Recht. Bei Einschaltung in unmittelbar politische Fragen wäre vielleicht der Vorwurf der Inkompetenz möglich gewesen und dazu der Vorwurf des geringen Risikos für den Rektor als nicht gewähltes, weil ex lege bestelltes Mitglied. Schließlich führten Emotionen und nationalistische Tendenzen zu Eskalierungen ohnedies genug vorhandener Streitpunkte, was wiederum die Verpolitisierung der Universität förderte, besonders sichtbar geworden in der Sprachenfrage. Es muß aber hervorgehoben werden, daß in der Mehrzahl die Rektoren sich von all dem fernhielten; wiederholt aber zeigten sie als Berichterstatter und als einfache Stimmführer in Landtagstraktanden gute Sachkenntnis und gründliche Vorbereitung;¹¹ einige der Rektoren waren über-

¹⁰ Erschlossen durch die verdienstvolle Arbeit von J. Kratochwill, Generalindex zu den stenographischen Protokollen der Steiermärkischen Landtage 1861–1914. Graz 1892, 1904, 1916. (Im folgenden nach den Jahren und Seitenzahlen der Protokolle zitiert.) Die vom Präsidium des Steiermärkischen Landtags herausgegebene Arbeit Der Steiermärkische Landtag, seine historischen Grundlagen und seine heutige Gestalt, Graz 1965, enthält für unsere Frage kein Material; wohl aber ist die wertvolle Dissertation von A. Mahmood, Der steirische Landtag 1861–1918 unter besonderer Berücksichtigung seiner Leistungen auf dem Gebiet der Förderung der materiellen Landeskultur, Graz 1991, zu nennen.

¹¹ So der Jurist Hermann Bidermann 1883, S. 202, 206, der Mediziner Alexander Rollett 1895, S. 280 ff., der Geograph Eduard Richter 1899, S. 165, 419, u. ö. der Geologe Cornelius Doelter 1907, der Mediziner Julius Kratter 1913, S. 488, 565, 1914, S. 1014.

dies später nach ihrer Amtszeit als einfache Abgeordnete tätig, so die Mediziner Richard Heschl mit sehr zahlreichen Wortmeldungen zu ganz verschiedenen Sachfragen 1868 und Julius Kratter in den Jahren 1913 und 1914, der Jurist Adalbert Michl zwischen 1868 und 1876 zu kommunalen, wirtschaftlichen und Sanitätsfragen und der Zoologe Oskar Schmidt 1868 mit ebenfalls zahlreichen diversen Äußerungen. Andererseits kann nicht verschwiegen werden, daß es jedenfalls auf Grund der Landtagssitzungsprotokolle insgesamt 21 Rektoratsjahre gab (zwei Rektoren bekleideten das Amt zweimal), für die keine Wortmeldung verzeichnet ist: Welche Gründe hierfür bestanden, ob Krankheit oder bewußte Abstinenz, könnte nur durch nähere Untersuchungen geklärt werden. Sicherlich aber haben sie sich über das ihnen zufallende Amt Gedanken gemacht:

Als 1864 eine Revision der Landesordnung und der Landtagswahlordnung zur Debatte stand und dabei die Virilstimme des Rektors im Schußfeld war, protestierte der Strafrechtler Franz Weiß heftig: Die Beseitigung der Virilstimme des Rektors sei ein Eingriff in das Wesen der ganzen Reichsverfassung. Warum wolle man nur den Rektor beseitigen, und nicht die anderen Virilisten ebenfalls – also z. B. die Bischöfe? Außer den durch Wahl bestimmten Abgeordneten gäbe es doch auch noch andere „Kapazitäten“. Man solle vielmehr zusätzlich zum Rektor einen eigenen und frei gewählten Abgeordneten der Universität die „Interessen der Wissenschaften und der Industrie“ vertreten lassen.¹² Über ein Dutzend Jahre später bezeichnete sich der Historiker Franz Krones als „das kurzlebigste Mitglied des Hohen Landtags, gewissermaßen die Zugschwalbe desselben“¹³, und Alexander Rollett sprach vom Rektor als einer „parlamentarischen Rarität, welche den Rektor sehr leicht in die Lage bringen kann, als der steinerne Gast des Landtags“ zu erscheinen; deshalb habe er sich stets sehr gründlich vorbereitet.¹⁴

Zu den Themen, zu denen die Rektoren ihre Meinung kundtaten, gehörte naturgemäß die Universität: 1861 setzte sich der Jurist Johann Blaschke sehr für die „Vervollständigung der Universität“ durch Errichtung einer medizinischen Fakultät ein unter Hinweis auf die von der Gemeinde Graz und der Sparkasse bereits geleisteten Geldzuschüsse; Friedrich Wagl, der Theologe, erwähnte 1863, daß die Universität vor einiger Zeit von der Auflassung bedroht gewesen sei, weil sie eben keine vollständige Fakultätsgliederung besaß, weshalb er ebenfalls die Errichtung forderte.¹⁵

Viele Jahre später ging es um die Beseitigung der drückenden Raumnot der Universität durch einen groß angelegten Neubau: Der Jurist Heinrich August Tewes forderte den Ausbau der Universität, unter anderem auch mit der Begründung, „an der südöstlichen Mark der deutschen Volkstümlichkeit“ Slawen und Italiener „mit deutscher Wissenschaft zu durchdringen und dem deutschen Geist zu versöhnen“.¹⁶ Alexander Rollett beantragte 1895, als das Hauptgebäude bereits weithin fertig war, die Beschlußfassung über ein Darlehen des Landes zum weiteren Ausbau der Universität, insbesondere der medizinischen Fakultät: es gäbe in Graz „keine ernstlichen Schwierigkeiten“ mit den verschiedenen Nationalitäten, und viele Absolventen seien im Ausland tätig, „fast an allen russischen Universitäten“.¹⁷

¹² 1864, S. 409.

¹³ 1877, S. 79.

¹⁴ 1895, S. 255 ff.

¹⁵ Darauf erwiderte übrigens F. X. Hlubek, der bedeutende Landwirtschaftspolyhistor, daß durch eine solche Fakultät nur eine „Vermehrung des medizinischen Proletariats“ eintreten würde, und es würde das Judentum über die ganze Steiermark verbreitet. 1863, S. 41. 1863, S. 61.

¹⁶ 1889, S. 284 ff.

¹⁷ 1895, S. 255 ff.

Ein anderes Anliegen in Universitätsachen war die Erhaltung und Förderung des Freitischinstitutes, für das sich besonders der Theologe Marcellinus Schlager einsetzte, aber auch der Theologe Anton Weiss, der 1897 den Wunsch nach einer allgemeinen *mensa academica* erhob, um allen Studenten „gute Mittags- und Abendkost“ zu mäßigem Preis zu bieten.¹⁸

Zu Schul-, Unterrichts- und Bildungsthemen gab es zahlreiche Wortmeldungen der Rektoren. Grundsätzlich war die Forderung des Philologen Max von Karajan, die Volksschullehrer so zu besolden, daß sie nicht gezwungen wären, andere Tätigkeiten auszuüben. Ihre Gehaltsgrenze nach oben müsse durch den Gehalt der nächst höheren Schullehrer bestimmt sein.¹⁹ Die Ernennung der Volksschullehrer solle durch den Landesschulrat erfolgen, verlangte der Historiker Franz Krones, damit „keine Knechtung des Lehrerstandes durch Ortsinteressen“ – womit die Ortsschulräte gemeint waren – möglich sei; auch die Versetzungsmöglichkeit durch den Landesschulrat müsse gewährleistet sein. „Unberufene Agitatoren“ im Lehrerstande müsse man allerdings verhindern; Höher als die Nationalität, so wichtig sie auch sei, sei der „Volksunterricht“, und auch im slowenischen Unterland müsse der Lehrer die „Notwendigkeit des Deutschen auf Kosten seines Nationalbewußtseins“ anerkennen: „Unterrichtssprache“. Beziehungen zu diesem im Landtag immer wiederkehrenden Thema bietet der Bericht des Philosophen Alois Goldbacher über die Landesmittelschulen und insbesondere das Gymnasium in Pettau mit den dort eskalierenden Problemen um den Sprachgebrauch und die Errichtung eines achtklassigen Gymnasiums anstelle der bisherigen Untermittelschule. Hier kam es zu einer heftigen Debatte mit dem stellvertretenden Landeshauptmann Dr. Franz Jurtela, der ausführte, daß die slowenischen Schüler die Aufnahmeprüfung besser bestünden als die deutschsprachigen; die deutschsprachigen Lehrer in Pettau, die größtenteils slowenische Schüler hätten, sollten „wenigstens einigermaßen der slowenischen Sprache mächtig“ sein. Auch die Frage der Schreibung der Vornamen wurde gestreift, wobei der Abgeordnete Dr. von Schreiner behauptete, daß nichts daran gelegen sei, statt der Vornamen Janos, Juri und Milan eben Johann, Georg und Emil in den Verzeichnissen einzutragen.²⁰

Die insbesondere vom Abgeordneten Prälat Alois Karlon angeregten „Erleichterungen“ für die bäuerliche Bevölkerung in den beiden letzten Schuljahren wurden vom Mediziner Alexander Rollett nicht nur als gefährlich bezeichnet, sondern auch mit juristischen Argumenten, daß dies nicht zur Landtagskompetenz gehöre, bekämpft. Der Rechtshistoriker Arnold Luschin setzte sich für die Ruhegenußfähigkeit der Bezüge der provisorisch angestellten Arbeitslehrerinnen ein, und der Mediziner Julius Kratter vertrat vehement die Trennung von Volksschulen und Bürgerschulen, insbesondere im Zusammenhang mit der Erhaltung der Mädchen-Bürgerschule am Ferdinandeum in Graz. Häufig kehrt in den Sitzungen die Zeichenakademie wieder, die als reformbedürftig empfunden wurde: Sowohl vom Geographen Eduard Richter wie vom Geologen Cornelius Doelter wurden Reformvorschläge insbesondere in Richtung auf größere Mobilität der Lehrkräfte eingebracht.²¹

¹⁸ 1866, S. 248, 1897, S. 141 f.

¹⁹ 1873, S. 128.

²⁰ 1877, S. 79 ff. 1891, S. 161 ff.

²¹ 1895, S. 280 ff., 1905, S. 674, 1913, S. 488, 1900, S. 208, 1907, S. 281 ff.

Große und auch zukunftsweisende Bedeutung hatte der 1873 vom Mediziner Alexander Rollett gestellte Antrag, die Weiterexistenz der Bergakademie in Leoben zu sichern, anstatt in Wien eine Montanhochschule zu errichten, wie es vom Ministerium geplant war.²²

Das Joanneum, die Geschichtsforschung, die Denkmalpflege und die Archäologie wurden öfters behandelt: Der Mediziner Karl Blodig sprach für die Bewahrung der vom Land dem Historischen Verein gegebenen Subvention, der Zoologe Oskar Schmidt für die dem Leseverein am Joanneum gegebene Subvention und der Theologe Marcellinus Schlager für eine Remuneration für gute Leistungen in steirischer Geschichtsforschung.²³ Arnold Luschin warb für die Erhaltung der Burgruine Cilli und die Subventionierung des dortigen Musealvereins, und der Mediziner Karl Hof(f)mann sprach sich im Hinblick auf hervorragende neuere Ausgrabungsergebnisse in Haidin, Krungl und Flavia Solva für die Erhöhung des Betrages für archäologische Arbeiten aus.²⁴ Schließlich stellte der Mediziner Julius Kratter den Antrag, die Rüstung von Erzherzog Karl II. von 1582 möge, nachdem sie unter Maria Theresia nach Wien gebracht wurde, wieder zurückgegeben werden.²⁵

Unter den Beiträgen zum Gesundheits- und Sanitätswesen begegnet zunächst der Antrag des Mediziners Alexander Rollett, eine Physikatprüfung für Doktoren der Medizin einzuführen, um die Organisation des Sanitätswesens auf dem Land zu verbessern. Als Präsident der Ärztekammer und wiederum Rektor trat er für die Bestellung der Distriktsärzte durch den Landesauschuß ein, womit Gewähr für angemessene Behandlung durch die Gemeinden erreicht werden würde. Wiederum Rollett wies gelegentlich der Behandlung der Hufbeschlagslehre und Tierheilkunde im Landtag darauf hin, daß an der Medizinischen Fakultät eine Lehrkanzel für Tierheilkunde bestanden habe: Graz sei der geeignete Ort für eine alpenländische Tierarzneiheranstalt, weil hier mehr Material „an Rindvieh“ zur Schulung für die Studenten vorhanden sei als in der Reichshauptstadt.²⁶

Der vor und um die Jahrhundertwende unabweislich gewordene Neubau eines großen Krankenhauses beschäftigte die Rektoren wiederholt: Vor allem für die Übernahme eines Landesdarlehens von 900.000 Kronen sprach Rollett noch zugleich im Zusammenhang mit der Erweiterung der Medizinischen Fakultät. Doch der Geograph Eduard Richter plädierte 1900 dafür, bei geschätzten Gesamtkosten von 2.500.000 Kronen durch Erhöhung des von der cisleithanischen Regierung in Aussicht gestellten Betrages von 800.000 Kronen den Bau für das Land tragbar zu machen; im nächsten Jahr konnte der Jurist Raban von Canstein berichten, daß die Regierung bereits 2.000.000 Kronen zur Verfügung gestellt habe, und 1903 sprach der Philosoph Hans Zdenko Skraup für die Aufnahme einer Landesleihe von 12.000.000 Kronen, weil sich die Kosten ganz bedeutend erhöht hätten. Im weiteren Verlauf kam es zu Verzögerungen im Baufortschritt, es traten auch technische Probleme, wie Erdrutsche usw., ein,²⁷ und 1909 legte der Mediziner Julius

²² 1872, S. 360 f. Dazu P. W. Roth, 150 Jahre Montanuniversität Leoben, Graz 1990, S. 43 ff., 62 ff.

²³ 1880, S. 245 f., 1865, S. 113, 1866, S. 244 f.

²⁴ 1905, S. 848, 1899, S. 760 f. Hier wird auch das große Mosaik von Flavia Solva erwähnt, das der Kaiser „unserer Universität zu schenken die Gnade hatte“. (Dieses Mosaik ist dann im Keller der Universität verkommen und wurde erst in neuerer Zeit wieder aufgedeckt.)

²⁵ 1813, S. 565.

²⁶ 1872, S. 269, 1895, S. 254, 236.

²⁷ Wozu sich der Geologe Cornelius Doelter äußerte.

Kratter Verwahrung gegen auf die Verzögerung bezügliche Presseangriffe ein. Das Krankenhaus wurde 1912 eröffnet.²⁸

Zum großen Bereich der Gemeindeangelegenheiten und der sozialen Fürsorge sprach u. a. Friedrich Wagl: Die Findelanstalt sei als „Wohltätigkeitsanstalt“ bezeichnet worden, vielmehr aber handle es sich um eine „Abschlagszahlung für eine Schuld“ der Gesellschaft und um Schutz für die Mutter, „das Opfer der Lust und List“. Auch Alexander Rollett setzte sich viele Jahre später für die inzwischen offenbar aufgelassene Findelanstalt wieder ein.²⁹ Bedeutungsvoll war der Antrag von Oskar Schmidt, anstelle der beantragten Ackerbauschule für die Untersteiermark die bestehende Ackerbauschule der Landwirtschaftsgesellschaft in Graz in eine Landesanstalt umzuwandeln.³⁰ Für zwangsweise Einführung einer Feuerversicherung „als Landesanstalt“ sprach sich der Strafrechtler Franz Weiss 1864 aus und schlug vor, durch einen Steuerzuschlag einen „Baufonds“ zu schaffen, um damit feuersichere Bauweisen zu fördern. Mit einem verwandten Gebiet befaßte sich Hermann Bidermann: Es sei Landespflicht, die Feuerwehren zu unterstützen und besonders auch für die im Dienst Verunglückten zu sorgen.³¹ Durch Jahre hindurch wirkte der Mediziner und ehemalige Rektor Richard Heschl von 1864 bis 1869 als Abgeordneter für verschiedene kommunale Angelegenheiten, und nicht zu vergessen ist Johann Blaschke, der Jurist, der 1861 für die Errichtung von Sparkassen unter Gemeindeaufsicht eintrat unter Hinweis auf das belgische Gemeindegesezt. Von ihm stammt auch der Antrag, eine Hypothekenbank für Steiermark zu errichten und weiters ein Antrag auf Errichtung einer Handelsakademie in Graz.³² Vom Juristen Adalbert Michel kamen zwischen 1867 und 1876 wichtige Beiträge als Rektor wie später als Abgeordneter des Landtags. Zu erwähnen ist hier sein Vorstoß zur Deckung der Krankenhauskosten für mittellose Winzer und die von ihm geforderte Beschränkung der Kompetenzen des Gemeindevorstandes in Sachen des kommunalen Wegebbaus.³³

Bei vielen der bisher angeführten Wortmeldungen und Debatten ergaben sich weit über den durch die Verfassung dem Land zugewiesenen Bereich hinausgehende Fragen und Zusammenhänge – im Schulwesen ebenso wie im Kommunal-, Sanitäts- und Finanzbereich. Die Rektoren übersahen diese Verzweigungen durchaus nicht, betonten sie sogar wiederholt und blieben sachbezogen. Im unmittelbar politischen staatsrechtlich-parlamentarischen Bereich hingegen, der vor allem in Sachen des Wahlrechtes und der Nationalitätenfrage zu berühren war, kam es einige Male zu zumindest aus heutiger Sicht unverständlichen Äußerungen, in denen Emotion und Leidenschaft die Wortwahl bestimmten. Das gilt fürs erste für die immer wieder zur Debatte stehende Wahlrechtsreform, die vom Reich her zwangsläufig auch die Landtage wegen der Frage der Wahlberechtigung betreffen mußte.

Schon 1864 stand die Frage einer Revision der Landesordnungen und der Wahlordnungen zur Debatte, und 1869 war konkret die Einführung des direkten, freilich noch lange nicht allgemeinen Wahlrechtes im Vordergrund: Der Philologe Karl Schenk l äußerte dazu, daß bezüglich einer allfälligen Wahlberechtigung des Landvolks dies bei weitem „nicht die Stufe der Bildung erreicht“ habe, daß man ihm be-

ruhigt diese Kompetenzen gewähren könne. Aber auch die vorgesehene geheime Wahl schien ihm sehr bedenklich, weshalb er unter Bravorufen für öffentliche Wahlen plädierte. Als dem Landtag 1883 ein Regierungsentwurf vorlag, der die Herabsetzung des bestehenden Steuerzensus von 10 auf 5 fl. vorschlug, verwahrte sich der Jurist Bidermann, allerdings letzten Endes erfolglos, dagegen: Die ärmere Bevölkerung sei nicht imstande, objektiv zu wählen, und sei zu leicht beeinflusbar.³⁴ Das Wahlrecht sei ein Privileg, das nicht entwertet werden dürfe. Hier wirkten die Rektoren also wohl nicht im Sinn des politischen Fortschritts – erst 1907 kam das allgemeine Wahlrecht.

Im Landtag des Jahres 1898 sprach der Kirchenrechtler Friedrich Thamer zu den im Bericht des Landesausschusses als ungesetzlich bezeichneten Badenischen Sprachenverordnungen³⁵. Seine von Sutter als „ebenso berühmt wie unglücklich“ bezeichnete Rede, die im Landtag laut Protokoll mit lebhaftem Beifall und Beglückwünschungen aufgenommen wurde, bewirkte mittelbar und unmittelbar eine massive Verschärfung der in Graz besonders emotionell geführten Auseinandersetzungen, die bis zu Militäreinsatz und Todesopfern führte. Thamer versuchte nicht, die Studenten „in den notwendigen Schranken zu halten“, sondern war „einer der treibenden Kräfte“ in dieser tragischen Zeit: „Die Allmutter Germania war für ihn das politische Leitbild“.³⁶ Thamers Landtagsrede im Protokoll nachzulesen führt in bedrückender Weise die Situation im damaligen Österreich und das Niveau der Auseinandersetzungen vor Augen: Er bezeichnete den a. 19 des Staatsgrundgesetzes von 1867 über die Gleichberechtigung der Sprachen als „Unsinn“. Gleichberechtigt bedeute nur, „daß keine Nation verpflichtet ist, die andere zu verstehen“. Davon sei auszugehen. Es sei „durchaus kein Vorteil für irgend jemanden, eine zweite Sprache zu lernen“. Die Zeit, welche er „auf die Erlernung von Vokabeln verwendet, würde viel besser zu etwas anderem benützt werden“. Eine einzige Amtssprache im Staat genüge. Die Sprachenverordnungen, die deutsch und tschechisch als Amtssprache in Böhmen und Mähren gleichberechtigt vorsahen, würden den Fortbestand des Reiches gefährden usw. Es muß dem entgegengesetzt werden, daß die Badenischen Sprachenverordnungen der wohl letzte aussichtsreiche Versuch waren, die Nationalitätsprobleme in Cisleithanien zu regeln, und zwar in einer Weise, die Deutsche und Tschechen in Böhmen und Mähren, also in den Ländern, in denen die Verordnungen gelten sollten, mehrheitlich akzeptiert hatten.³⁷

Politischen Inhalt hatte auch die Debatte über die Formulierung einer Dankadresse an den Kaiser nach Abschluß der Verfassungsarbeiten von 1867: Nach der einen Meinung sei hierfür kein Dank angebracht, weil es sich nicht um Geschenke, sondern um eine staatspolitische Notwendigkeit gehandelt habe, nach der anderen Meinung sei die Kirche zu Unrecht geschädigt worden. Der bedeutende Jurist Adalbert Michel wandte sich gegen beide Auffassungen: Die Verfassung sei ein Erfolg des politischen Fortschritts, und der katholischen Kirche sei kein Recht genommen worden, wohl aber hätten andere Religionen ihr Recht erhalten. Kein einziger Satz der Dezemberverfassung sei einseitig zugunsten „der sogenannten herrschenden

²⁸ 1895, S. 255 ff., 1900, S. 419, 1901, S. 34, 1903, S. 530 ff., 1907, S. 480, 1909, S. 398.

²⁹ 1863, S. 805, 1884, S. 150 f.

³⁰ 1866, S. 412.

³¹ 1864, S. 215, 1883, S. 202.

³² 1868, S. 253, 276, 381, 453 usw., 1861, S. 80 f.

³³ 1868, S. 202, 219.

³⁴ 1864, S. 409, 1869, S. 208 ff., 1883, S. 214, 227, 233. Mahmood, S.

³⁵ Dazu grundlegend B. Sutter, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Graz 1960, 1965.

³⁶ Sutter I, S. 86, II, S. 32 f. u. o. Über Thamer als Kirchenrechtslehrer N. Grass, Die Kirchenrechtslehrer der Universität Graz und ihre Bedeutung für die Erforschung des klassischen kanonischen Rechts, Studia Gratiana 8, 1962, S. 197 ff.

³⁷ 1898, S. 218 ff., 222 ff.

deutschen Nationalität“ gefaßt. Auch das von der Kirche bekämpfte Ehegesetz von 1868, das die „Notzivilehe“ brachte, sei kein Umsturz, sondern nur die Wiedereinkraftsetzung von Bestimmungen des ABGB von 1812, die nach dem Konkordat von 1855 aufgehoben worden waren.

Zum Schluß sei noch das einzige Auslieferungsbegehren, bei dem ein Rektor das Wort ergriff, erwähnt: Der Geologe Cornelius Doelter sprach sich dafür aus, einen Abgeordneten, der gegen einen Bauleiter schwere Vorwürfe erhoben hatte, auszuliefern, damit der Angegriffene sich vor Gericht rechtfertigen könne, zumal der Abgeordnete selbst für seine Auslieferung an das Bezirksgericht Knittelfeld eintrat.³⁸

Ich habe versucht, einen Überblick über die Landtagstätigkeit der Rektoren in diesen 53 Jahren von 1861 bis 1914 zu geben.³⁹ Die Bewertung der Leistungen der Rektoren im Landtag ist Sache des Lesers oder weiterer ausführlicher und detaillierter Untersuchungen.⁴⁰ Vieles scheint sachgemäß, ja richtungweisend, manches freilich auch geprägt von Uneinsichtigkeit und elitärer Überheblichkeit. Aber im Ganzen scheint mir, daß der Steiermärkische Landtag mit seinen rektoralen Virilisten nicht schlecht gefahren ist, jedenfalls nicht schlechter als mit den eigentlichen Abgeordneten.

³⁸ 1906, S. 47 ff.

³⁹ In 21 Rektoratsraten (= Studienjahren) gab es keine Wortmeldungen der jeweiligen Rektoren: fünf Philosophen, fünf Mediziner, sechs Juristen, drei Theologen.

⁴⁰ Ein möglichst vollständiges Verzeichnis des Inhalts aller Wortmeldungen der Rektoren befindet sich bei mir und steht gerne zur Verfügung.